



**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates**

**am 13.10.2016
im Sitzungssaal des Rathauses**

I. Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 06.10.2016
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 06.10.2016
3. Abwasseranlage Herrnsberg - Beschlussfassung zur Sicherstellung der zukünftigen Abwasserbehandlung in Herrnsberg
4. Neubau Feuerwehrhaus Obermässing - Vorstellung des Planungskonzeptes
5. Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Carport in Kaising
6. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge
7. Kommunale Verkehrsüberwachung - Abschluss einer Vereinbarung mit der Polizei und einer Zweckvereinbarung mit der Stadt Hilpoltstein
8. Neuerlass der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Greding für die Gemeindeteile Greding, Buganderl-Keller und Distelmühle
9. Auswirkungen der Änderung des Umsatzsteuergesetzes auf die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt Greding
10. Stellungnahme zur Landesentwicklungsprogramm-Teilfortschreibung
11. Mitteilungen und Anfragen

II. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die 21 Mitglieder des Stadtrates wurden ordnungsgemäß geladen.

Mitglieder des Stadtrates	Anwe- send	Abwe- send	Bemerkung zur Anwesenheit
Erster Bürgermeister Manfred Preischl	X		
Zweiter Bürgermeister Oswald Brigl	X		
Dritter Bürgermeister Hermann Kratzer		X	Entschuldigt
Michael Beringer	X		
Margareta Bösl	X		
Maria Deinhard	X		
Josef Dintner	X		
Max Dorner	X		
Rudolf Fischl	X		
Harald Gerngroß	X		
Stefan Greiner	X		
Mathias Herrler	X		
Theodor Hiemer	X		
Elisabeth Holzmann		X	Entschuldigt
Franz Miehling	X		
Günther Netter		X	Entschuldigt
Roland Pohl	X		
Thomas Schmidt	X		ab 19.50 Uhr
Michael Schneider	X		
Susanne Schneider	X		
Gert Sorgatz	X		

Erster Bürgermeister Preischl als Vorsitzender stellt fest, dass der Stadtrat beschlussfähig ist, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und 18 Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

Ortssprecher	Anwe- send	Abwe- send	Abwesenheitsgrund
Prof. Dr. Markus Brautsch	X		zu TOP 3
Johann Wolfsteiner	X		

Verwaltung	Funktion
Michael Pfeiffer	Schriftführer
Franz Hiebinger	
Johann Schmauser	

Sonstige Sachverständige bzw. sachkundige Personen, Presse
Herr Leykamm von der Hilpoltsteiner Zeitung
Herr Luff vom Hilpoltsteiner Kurier

Anzahl der anwesenden Bürgerinnen und Bürger: 8

III. Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung gemäß § 22 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat bekannt gemacht.

IV. Verlauf der Sitzung, Besonderheiten

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist öffentlich.

Eröffnung der Sitzung	Beendigung der Sitzung
19:30 Uhr	20:35 Uhr

V. Behandlung der Tagesordnungspunkte

TOP 1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 06.10.2016

Sachverhalt:

Nach den Regeln der Geschäftsordnung (§ 26 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 33 Abs. 4) ist die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung zu genehmigen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.10.2016.

TOP 2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 06.10.2016

Sachverhalt:

Der Vorsitzende gibt die in nichtöffentliche Sitzung vom 06.10.2016 gefassten Beschlüsse, bei denen die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind, der Öffentlichkeit bekannt:

TOP 1 Errichtung eines Aufzugs am Rathaus – Vergabe der Objektplanung

Der Stadtrat beauftragt das Ingenieurbüro Markus Koller, Parsberg, auf Grundlage des vorliegenden Angebotes mit den Architektenleistungen für die Errichtung eines Aufzuges am Rathaus in Greding. Die Kosten für die Architektenleistungen betragen insgesamt 27.300,-- Euro.

TOP 2 Erweiterung der Kinderkrippe im Kindergarten St. Martin – Vergabe der Ingenieurleistungen für die technische Gebäudeausrüstung

Der Stadtrat beauftragt das Ingenieurbüro für Haustechnik, Thomas Jonissek, Allersberg, auf Grundlage des vorliegenden Angebotes mit den Ingenieurleistungen für die technische Gebäudeausrüstung für die Erweiterung der Kinderkrippe im Kindergarten St. Martin in Greding. Die Kosten für die Ingenieurleistungen betragen insgesamt 77.000,-- Euro.

TOP 3. Abwasseranlage Herrnsberg - Beschlussfassung zur Sicherstellung der zukünftigen Abwasserbehandlung in Herrnsberg

Sachverhalt:

Vom Ingenieurbüro Klos GmbH & Co. KG aus Spalt wurde eine Vorplanung mit einer Variantenuntersuchung für die Sicherstellung der Abwasserentsorgung in Herrnsberg erarbeitet.

Die Vorplanung der Maßnahme wurde im Stadtrat als auch der Bürgerschaft ausführlich vorgestellt.

Das Wasserwirtschaftsamt Nürnberg hat die Vorplanung geprüft und mit Schreiben vom 17. Januar 2013 eine fachliche Stellungnahme hierzu übermittelt.

Eine Abwasserreinigungsanlage vor Ort scheidet aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen aus. Eine Ableitung nach Greding wird seitens des Wasserwirtschaftsamtes grundsätzlich befürwortet. Die Variante 2.1, die Ableitung über das Mühlthal, ist gemäß den Planungsunterlagen die wirtschaftlichere Variante, wobei aber erwähnt werden muss, dass hier Unwägbarkeiten und Risiken bestehen, die zu erheblichen Mehrkosten führen können.

Die neu zu erstellende Druckleitung soll gemäß der Variante 2.2 im Ortsbereich von Herrnsberg verlegt werden. Entlang der Gemeindeverbindungsstraße wird die Druckleitung bis zu einem Freispiegelkanal an der Wehrtechnischen Dienststelle 81 verlegt werden.

Die endgültige Planung für die Abwasseranlage Herrnsberg soll im kommenden Jahr, der Bau der Anlage soll im Jahr 2018 umgesetzt werden.

Fördermittel können seitens des Freistaates Bayern nicht bewilligt werden.

Diskussionsverlauf:

Auf Nachfrage von Stadtrat Herrler führte Bürgermeister Preischl aus, dass durch die Einleitung von Herrnsberg die Kläranlage Greding in ihrer Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt werde, da das Abwasser „dosiert“ gepumpt werde. Eine grundsätzlich evtl. erforderliche Sanierung der Kläranlage in Greding sei davon unberührt.

Zweiter Bürgermeister Brigl stellte fest, dass es für die künftige Abwasserbeseitigung in Herrnsberg nur eine vernünftige Lösung mit der Anbindung an Greding durch den Ortsteil Herrnsberg gebe.

Zur Frage der Finanzierung teilte Bürgermeister Preischl mit, dass eine Beitragsfinanzierung analog Österberg und Schutzendorf angedacht ist. Die letztendliche Klärung mit dem Bayerischen Gemeindetag stehe jedoch noch aus.

Ortssprecher Brautsch erinnerte an den bisherigen längeren Entscheidungsprozess, der zu der jetzigen Lösung geführt habe. Für eine Ableitung über die WTD spreche auch die eingeschränkte Aufnahme von Abwasser im Mühlweg. Hinter der jetzt vorgeschlagenen Lösung stehe auch die Mehrheit der Herrnsberger.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat beschließt, dass das in Herrnsberg anfallende Abwasser zukünftig zur Reinigung in die Kläranlage in Greding verbracht wird. Hierfür kommt die Variante mit einer Verlegung der Druckleitung im Ortsbereich von Herrnsberg bis zur Wehrtechnischen Dienststelle 81 zur Ausführung.

Die Ausführungsplanung für die Abwasseranlage Herrnsberg soll im Jahr 2017 abgeschlossen werden, der Bau für die Anlage ist im Jahr 2018 geplant.

Entsprechende Finanzmittel werden eingeplant.

TOP 4.	Neubau Feuerwehrhaus Obermässing - Vorstellung des Planungskonzeptes
---------------	---

Sachverhalt:

Für den Feuerwehrhausneubau in Obermässing wurde im August 2016 eine Bauvoranfrage beim Landratsamt Roth eingereicht. Das Feuerwehrhaus soll aus zwei Teilen bestehen. Zum einen aus der Fahrzeug- und Gerätehalle und einem zweigeschossigen Hauptbau. Beide Gebäudeteile erhalten ein Pultdach mit 7 ° Dachneigung. Die Fahrzeughalle hat eine Abmessung vom 12,85 m x 16,85m und ist für zwei Stellplätze ausgelegt. Im hinteren Teil soll eine Umkleideraum für die Feuerwehrjugend und ein Werkstattraum entstehen.

Der Hauptbau hat eine Abmessung von 18,50 m x 10,74 m. Im Erdgeschoss soll ein Schulungsraum mit Küche und Abstellraum eingebaut werden. Im vorderen Teil sind die Toiletten angeordnet. Im Obergeschoss soll ein Jugendraum entstehen. Des Weiteren ist ein Büro für die Feuerwehrleitung geplant. Der hintere Teil soll als Abstellraum und Kleiderkammer genutzt werden.

Um die Zufahrt für das künftige Feuerwehrhausgebäude zu gewährleisten, muss das alte Feuerwehrhaus abgebrochen werden. Im südlichen Teil des Neubaus sollen 18 Parkplätze für die Feuerwehrleute entstehen.

Das Feuerwehrgebäude hat ca. 2.300 m³ umbauten Raum. Nach der ersten Grobschätzung muss mit Baukosten einschl. Außenanlagen und Ausstattung in Höhe von 1.150.000,- Euro gerechnet werden. In diesen Baukosten sind noch nicht die Spezialgründungsarbeiten einkalkuliert. Diese kann erst durch Auswertung des Bodengutachtens ermittelt werden. Des Weiteren sind die Kosten für Ausgleichsmaßnahmen nicht in der Grobschätzung enthalten. Diese können erst nach Genehmigung der Bauvoranfrage ermittelt werden.

Die Förderung beträgt nach den allgemeinen Fördersätzen des Freistaates Bayern voraussichtlich 57.500 Euro je Stellplatz und damit 115.000,-- Euro.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Hiemer führte aus, dass die Planung zwischen dem Bauamt und der Feuerwehr Obermässing abgestimmt wurde. Grundsätzlich sei ein neues Feuerwehrhaus in Obermässing dringend notwendig, da jetzt die Feuerwehr aus allen Nähten platze.

Stadtrat Herrler betonte, dass die vorgestellte Planung sehr großzügig und komfortable sei. Es wäre interessant, welche Kosten auf den Werkstattbereich und das Obergeschoss entfallen.

Stadtbaumeister Schmauser erwiderte, dass eine Kostenaufteilung im jetzigen Planungsstand noch nicht möglich sei. Klar sei, dass nur bei einer Flächenreduzierung merklich Kosten eingespart werden könnten.

Stadtrat Gerngroß unterstützte das Vorhaben. Die Feuerwehr Obermässing verfüge über eine herausragende Jugendarbeit und sei dadurch für die Zukunft hervorragend aufgestellt.

Stadtrat Sorgatz betonte, dass er aufgrund der Unsicherheiten bezüglich der Kosten für die Gründungen und den wasserwirtschaftlichen Ausgleich noch ein ungutes Gefühl habe. Ohne Zweifel sei, dass Obermässing ein neues Feuerwehrhaus brauche.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat billigt die vorgestellte Planung für das Feuerwehrhaus in Obermässing und beauftragt die Verwaltung die weiteren Schritte (Baugenehmigung, Finanzierung und Förderung) in die Wege zu leiten.

TOP 5. Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Carport in Kaising

Sachverhalt:

Carina Schirmer und Peter Müller aus Ingolstadt planen ein Einfamilienhaus mit Carport in Kaising neu zu errichten.

Das Wohnhaus mit Garage wird auf dem Grundstück „Marienstraße 13“ in Kaising, Flur-Nr. 23/1, errichtet.

Das Grundstück befindet sich im Zentrum von Kaising, hier befand sich ein ehemaliges landwirtschaftliches Anwesen, das Grundstück wird aber seit vielen Jahren nicht genutzt.

Das Grundstück soll geteilt und mit zwei Wohnhäusern bebaut werden. Am 12. November 2015 wurde aufgrund einer Bauvoranfrage vom Stadtrat das Einvernehmen für den Neubau eines Wohnhauses auf der benachbarten Grundstückshälfte erteilt.

Die Antragsteller möchten den östlich gelegenen Teil des Grundstückes nutzen.

Errichtet werden soll ein doppelgeschossiges Wohnhaus ohne Kellergeschoss mit Satteldach. Ferner soll ein Carport für zwei Fahrzeuge mit angrenzendem Abstellraum gebaut werden.

Das Gebäude weist gemäß dem Bauantrag eine Grundfläche von 9,68 m auf 8,48 m auf. Ein dritter Giebel wird an der südlichen Längsseite des Gebäudes angebaut. Die Höhe des Kniestockes im Obergeschoss beträgt 1,94 m. Bei einer Dachneigung von 30 Grad ergibt sich eine Giebelhöhe von 7,61 m.

Laut dem Flächennutzungsplan befindet sich das Grundstück in einem dörflichen Mischgebiet. Ein gültiger Bebauungsplan existiert nicht.

Die Antragsteller hatten bereits eine Bauvoranfrage für Ihr geplantes Vorhaben eingereicht. Mit Bescheid des Landratsamtes vom 26.04.2016 des Landratsamtes Roth (Bauplan-Nr. V-91-2015) liegt die genehmigte Bauvoranfrage vor. In der Bauvoranfrage wird auf ortsübliche Emissionen aus der Landwirtschaft hingewiesen. Eine immissionsschutzfachliche Beurteilung wegen des benachbarten landwirtschaftlichen Grundstückes ist im Rahmen der Bauvoranfrage erfolgt.

Die vorhandenen Anschlüsse für Mischwasser und Trinkwasser sollen für beide Grundstückshälften genutzt werden, so dass kein zusätzlicher Anschluss herzustellen ist.

Die Zufahrt ist sichergestellt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat erteilt dem Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Carport in Kaising das gemeindliche Einvernehmen.

Die Dacheindeckung soll mit roten bzw. rotfarbenen Dachsteinen erfolgen.

TOP 6. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge

Sachverhalt:

Der Stadtrat wird über folgende Bauanträge, wozu durch die Verwaltung das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde, in Kenntnis gesetzt:

- Meyer Sebastian - Tektur zum Bauplan in Greding
- Thomas Schmidt - Anbau und Erweiterung an das bestehende Stallgebäude in Kraftsbuch
- Solarpark Euerwang GmbH & Co. KG - Freiflächenphotovoltaikanlage „Solarpark Euerwang I und Euerwang II“

TOP 7.	Kommunale Verkehrsüberwachung - Abschluss einer Vereinbarung mit der Polizei und einer Zweckvereinbarung mit der Stadt Hilpoltstein
---------------	--

Sachverhalt:

Der Stadtrat der Stadt Greding hat in seiner Sitzung vom 14.04.2016 beschlossen, dass die im Jahre 1995 eingeführte Parkzeit von 1,5 Stunden in der Innenstadt von Greding künftig wieder nachhaltig kontrolliert werden soll.

Die Verwaltung hat dazu inzwischen mehrere Gespräche geführt.

Die Polizeiinspektion Hilpoltstein begrüßt die Einführung einer kommunalen Verkehrsüberwachung in Greding, da sie personell dazu nicht in der Lage ist. Die Erfahrungen mit der Stadt Hilpoltstein in diesem Bereich sind durchwegs positiv. Für die Einführung der kommunalen Verkehrsüberwachung ist eine entsprechende Vereinbarung mit der dem Polizeipräsidium Mittelfranken abzuschließen. Ein Vertragsentwurf ist in der Anlage beigelegt. Die Verwaltung schlägt vor, in diese Vereinbarung den ruhenden und fließenden Verkehr mit aufzunehmen. Damit können zu einem späteren Zeitpunkt auch Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt und Überschreitungen geahndet werden.

Die Stadt Hilpoltstein wäre bereit – sofern die kommunale Verkehrsüberwachung dort verlängert wird – die hoheitlichen Aufgaben der Überwachung einschließlich aller hoheitlichen Entscheidungen im Ordnungswidrigkeitsverfahren auch für die Stadt Greding zu übernehmen. Dazu wäre die im Entwurf vorliegende Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Hilpoltstein und der Stadt Greding zu schließen.

Insgesamt schlägt die Verwaltung folgende weitere Vorgehensweise vor:

1. Abschluss der Vereinbarung über die kommunale Verkehrsüberwachung mit dem Polizeipräsidium Mittelfranken
2. Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Stadt Hilpoltstein zur kommunalen Verkehrsüberwachung
3. Beauftragung der Nürnberger Wach- und Schließgesellschaft mbH mit der Überwachung des ruhenden Verkehrs.
4. Kontrolle der Parkzeiteinhaltung ab 15.11.2016 bis 31.12.2016 ohne Ahndung (nur Hinweis)
5. Kontrolle und Ahndung der Parkzeiteinhaltung ab 01.01.2017.

Diskussionsverlauf:

Stadträtin Bösl wollte wissen, ob es richtig sei, dass mit die vorliegenden Vereinbarungen sowohl den ruhenden als auch den fließenden Verkehr beinhalten, der Auftrag an die Nürnberger Wach- und Schließgesellschaft jedoch nur den ruhenden Verkehr.

Bürgermeister Preischl erwiderte, dass zunächst nur mit der Überwachung der innerstädtischen Parkzeitreglung begonnen werden soll. Bei einer späteren Erweiterung müssten die Vereinbarungen mit der Polizei und der Stadt Hilpoltstein nicht mehr ergänzt werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat stimmt der vorgestellten weiteren Vorgehensweise zur kommunalen Verkehrsüberwachung einschließlich dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem Polizeipräsidium Mittelfranken, einer Zweckvereinbarung mit der Stadt Hilpoltstein und der Beauftragung der Nürnberger Wach- und Schließgesellschaft mbH zu.

TOP 8.	Neuerlass der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Greding für die Gemeindeteile Greding, Buganderl-Keller und Distelmühle
---------------	---

Sachverhalt:

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 07.04.2016 über den Neuerlass der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Greding für die Gemeindeteile Greding, Buganderl-Keller und Distelmühle beraten.

Herr Rauscher vom Büro Dr. Schulte/Röder hat dabei die Kalkulation der Friedhofsgebühren vorgestellt.

Die Fraktionen wurden gebeten, der Verwaltung einen Vorschlag über die Änderung der Gebühren zu unterbreiten.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat am 10.10.2016 einstimmig empfohlen die Gebühren gemäß der Kalkulation anzupassen.

Der Entwurf der Satzung ist in der Anlage beigelegt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Greding für die Gemeindeteile Greding, Buganderl-Keller und Distelmühle vom 13.10.2016.

TOP 9.	Auswirkungen der Änderung des Umsatzsteuergesetzes auf die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt Greding
---------------	---

Sachverhalt:

Im Rahmen der Implementierung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie der EU wurde vom Gesetzgeber das Umsatzsteuergesetz (UStG) geändert. Bisher unterlagen im Wesentlichen ausschließlich Betriebe gewerblicher Art bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts der Umsatzbesteuerung. Mit der neuen Regelung (§ 2 b UStG) löst sich das UStG von dem Vorliegen eines Betriebes gewerblicher Art ab und behandelt Körperschaften des öffentlichen Rechts grundsätzlich als Unternehmer. Eine Ausnahme besteht nur noch darin, wenn durch die Körperschaft eine hoheitliche Tätigkeit ausgeübt wird und die Behandlung als Nichtunternehmer nicht zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führt.

Da die Neuregelung einige organisatorische Regelungen und Beratungsbedarf erfordert, räumt der Gesetzgeber den Körperschaften eine Option/Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2020 ein. Die Wahrnehmung der Option muss schriftlich bis spätestens 31. Dezember 2016 beim Finanzamt abgegeben werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Die Verwaltung wird beauftragt, das Optionsrecht zur Wahrnehmung der Übergangsregelung gem. § 27 Abs. 22 Satz 3 UStG gegenüber dem Finanzamt in Anspruch zu nehmen.

TOP 10. Stellungnahme zur Landesentwicklungsprogramm-Teilfortschreibung

Sachverhalt:

Gegenwärtig läuft die Anhörung zu einer Änderung des Landesentwicklungsprogramms (LEP). Dieses Programm ist vor gar nicht allzu langer Zeit – nämlich am 1. September 2013 – in Kraft getreten. Allerdings hatte es schon seinerzeit auch im Bayerischen Landtag, der dem LEP jeweils zustimmen muss, erhebliche Diskussionen gegeben. Deshalb hatte der Landtag seiner damaligen Zustimmung auch einen Beschluss beigefügt, wonach für die Festlegung der Mittel- und Oberzentren im Jahr 2014 eine Teilfortschreibung des LEP einzuleiten sei.

Letztlich sind es nun doch vier Bereiche, die modifiziert werden sollen:

- Das Zentrale-Orte-System (ZOS) soll geändert werden.
- Der Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) soll erweitert werden.
- Es soll zusätzliche Ausnahmen vom sog. Anbindegebot geben.
- Es sollen landesplanerische Mindestabstände zwischen Stromtrassen und Wohnbebauung eingeführt werden.

Greding ist in erster Linie vom zweiten Punkt betroffen und soll künftig Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) werden. Dies ermöglicht der Stadt Greding die Inanspruchnahme von höheren Förderungen (z.B. beim Breitbandausbau, beim Regionalmanagement, im Feuerwehrwesen usw.), was sehr zu begrüßen ist.

Die geplante Modifizierung des Anbindegebots soll in dem angedachten neuen LEP nicht grundsätzlich geändert werden. Es bleibt dabei, dass neue Siedlungsflächen in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen sind. Ausnahmen sind künftig auch für größere Freizeiteinrichtungen, Gewerbe- und Industriegebiete in interkommunaler Kooperation sowie an Autobahnanschlüssen vorgesehen.

Hierzu schlägt der Bayerische Gemeindetag vor, dass die Entscheidung in die Verantwortung der planenden Gemeinde und im Rahmen der Abwägung aller berührten öffentlichen Belange getroffen werden muss. Dies würde man dadurch erreichen, dass aus dem Anbindeziel ein Anbindegrundsatz würde, von dem in der Bauleitplanung bei entsprechender Begründung auch abgewichen werden könnte.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat begrüßt grundsätzlich die im Entwurf vorliegende Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms, insbesondere die Festlegung, dass die Stadt Greding mit dem gesamten Landkreis Roth Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) wird. Bezüglich des Anbindegebots steht die Stadt Greding hinter der Forderung des Bayerischen Gemeindetags, aus dem Anbindeziel einen Anbindegrundsatz zu formulieren, damit die planende Gemeinde im Rahmen der Abwägung aller berührten öffentlichen Belange selbst die Entscheidung für die Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebiete treffen kann.

TOP 11. Mitteilungen und Anfragen

Sachverhalt:

Städtebauförderung

Die Stadt hat aufgrund von aktuellen Auszahlungsanträgen folgende Förderungen erhalten:

Thalmaierturm: 34.200 Euro
Hutterturm: 29.000 Euro

Unbebaute Grundstücke in der Altstadt

Stadtrat Dintner bemängelte den Zustand von zwei Grundstücken am unteren Marktplatz in Greding. Hier sollte die Stadt einwirken oder zumindest einen Bauzaun mit Sichtschutz aufstellen.

Bürgermeister Preischl entgegnete, dass die Verwaltung mit den Eigentümern im ständigen Kontakt sei. Der angesprochene Lageplatz soll demnächst geordnet werden. Zum zweiten Grundstück erwarte die Stadt in den nächsten Tagen eine Entscheidung bezüglich der weiteren Vorgehensweise.

Greding, 21.11.2016

Vorsitzender:

Schriftführer:

Manfred Preischl
Erster Bürgermeister

Michael Pfeiffer